

# HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT?

## Migrantische Organisierung und die Rolle der Gewerkschaften

Evrım Efsun Kızılay

Anders als in [den] historischen Phasen [in der Weimarer Republik und im Kaiserreich] arbeiteten die Ausländer in der Bundesrepublik [...] im Kernbereich der Industrieproduktion und besitzen insofern ein – potentiell schlagkräftiges – Verweigerungspotential, das die gesamte Industrieproduktion der Bundesrepublik lahm legen könnte. Seit Beginn der Ausländerbeschäftigung wurden aus diesem Grund die politischen Aktivitäten ausländischer Arbeiter sowohl durch den Staatsapparat wie auch durch die Arbeitgeber äußerst sorgfältig beobachtet.

*Knuth Dohse 1985'*

### Einführung

Die Geschichte der Migration nach Deutschland wurde bisher stark aus regulatorischer oder objektifizierender Perspektive erzählt – objektifizierend deshalb, weil Migrant\*innen oftmals nur als Objekte der Migration dargestellt wurden. Jedoch bleibt somit ein großes Kapitel der Geschichte der Migration nach Deutschland verborgen: die Kämpfe der Migration, der Widerstand gegen Maßnahmen und Politiken und ihre Rolle als politische Subjekte der Migration. Denn Migrant\*innen sind nicht nur Opfer migrationspolitischer Regulationen. Sie sind es auch, die gegen diese vorgehen und Forderungen hinsichtlich ihrer Änderung oder Abschaffung stellen. Auch die historische Migrationsforschung themati-

siert die Kämpfe der Migrant\*innen und den erlebten Rassismus nur unzureichend. Einen wichtigen Bereich stellen hierbei die Arbeitskämpfe und Streiks der migrantischen Arbeiter\*innen dar.



Viele dieser Widerstände werden nicht als explizit antirassistisch klassifiziert, obwohl die meisten von ihnen aus dem Ausschluss migrantischer Personen aus der Gesellschaft entsprungen sind, der mit der fehlenden Gleichstellung im Arbeitskontext oder der Segregation des Wohnungsmarktes einherging.

Im Arbeitskontext kam den deutschen Gewerkschaften eine besondere Rolle zu, die

von einer ambivalenten Haltung gegenüber migrantischen Arbeiter\*innen geprägt war. Obwohl sie sich auf das Credo der internationalen Solidarität beriefen, unterstützten sie insbesondere in den Anfangsjahren der Anwerbung migrantischer Arbeiter\*innen regulatorische und begrenzende Maßnahmen bezüglich der Arbeitsmigration. Unter der Losung des »Schutzes des heimischen Arbeitsmarktes« wurde dabei nicht selten der Anspruch internationaler Solidarität unterlaufen.

Der folgende Text beschäftigt sich mit migrantischer gewerkschaftlicher Organisation in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis zur Wendezeit und der Rolle von Gewerkschaften. Aufgezeigt werden soll, wie migrantische Arbeiter\*innen sich organisiert und trotz Repressionen und Diskriminierung Widerstand gegen ihre Entrechtung und Ungleichstellung geleistet haben. Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der Autonomie der migrantischen Widerstände, welche den Anspruch der Vertretung migrantischer Interessen über eigene Strategien in die eigene Hand genommen haben und umzusetzen versuchten. Durch die deutsche Vereinigung erfuhren die jahrzehntelangen Entwicklungen migrantischer Arbeiter\*innenkämpfe und Organisation jedoch einen Einschnitt und büßten sowohl von gewerkschaftlicher als auch gesamtgesellschaftlicher Seite an Bedeutung ein. Auch die Art der migrantischen Organisation wandelte sich nach '89 und reagierte auf die sich verändernden gesellschaftlich-politischen Umstände. Geprägt war die Wendezeit von tiefgreifenden Veränderungen des Arbeitsmarktes, infolge derer viele Migrant\*innen ihre Arbeit verloren.

Der räumliche Fokus dieses Beitrags liegt auf den Entwicklungen in der Bundesrepublik

Deutschland und stellt dar, welche Auswirkungen die Wende auf migrantische Arbeiter\*innen und ihre Kämpfe in der BRD hatte. Die Kämpfe und Organisationen zehntausender Vertragsarbeiter\*innen in der DDR sollen hierbei aber nicht in Vergessenheit geraten. Diese wurden ebenfalls durch die Wende stark beeinträchtigt und hatten zahlreiche negative Folgen für das Leben vieler Vertragsarbeiter\*innen.

Als Enkelin eines Gastarbeiters, der 1971 aus der Türkei nach Westdeutschland migrierte und 26 Jahre für Ford arbeitete und als Tochter eines Facharbeiters bei Ford, welcher seit 1984 ebenfalls für den Automobilhersteller tätig ist, spielt auch eine persönliche Komponente in das Interesse an der Erstellung dieses Beitrags hinein. Da sowohl mein Großvater als auch mein Vater gewerkschaftlich bei der IG Metall organisiert waren/sind und stets sehr aktiv an den Arbeitskämpfen partizipierten, war die Beschäftigung mit dieser Thematik schon früh ein Teil unserer Familiengeschichte. In Erinnerung an diese Kämpfe und als Anerkennung dieser ist dieser Beitrag all den migrantischen Arbeiter\*innen gewidmet, deren jahrzehntelange Bemühungen und Kämpfe um gerechte Arbeits- und Lebensbedingungen als fester Teil im Gedächtnis der Migrationsgeschichte dieses Landes verankert bleiben und somit nicht in Vergessenheit geraten sollen.

### Anwerbung und erste Jahre

In der expandierenden Nachkriegswirtschaft der 1950er Jahre gab es einen großen Bedarf an Arbeitskräften, welchen man zunehmend durch Arbeitskräfte aus dem Ausland

zu decken versuchte.<sup>2</sup> Um eine unregulierte Arbeitsmigration zu verhindern, begegnete die Bundesregierung dieser Nachfrage mit bilateralen Anwerbeabkommen. Diese wurden 1955 mit Italien, 1960 mit Spanien und Griechenland, 1961 mit der Türkei, 1963 mit Marokko, 1964 mit Portugal, 1965 mit Tunesien und 1967 mit Jugoslawien abgeschlossen.<sup>3</sup> Die Beschäftigung von Migrant\*innen betrachtete die BRD als die kostengünstigste Lösung, um dem Fehlen von Arbeitskräften in den Betrieben entgegenzuwirken. Von Anfang an war nicht vorgesehen, dass die Arbeitsmigrant\*innen dauerhaft in der BRD bleiben und ein Teil der Gesellschaft werden. Stattdessen sollten sie in Zeiten wirtschaftlicher Krisen oder Engpässe Abhilfe schaffen und somit die Funktion eines »Konjunkturpuffers« übernehmen. Sollte es wirtschaftliche Probleme geben, würde man erst die migrantischen Arbeiter\*innen entlassen und in ihre Herkunftsländer zurückschicken. Somit hätte man sich auch der Kosten ihrer Arbeitslosigkeit entledigt.<sup>4</sup> Rechtlich gesehen wurde die Anwerbung 1965 mit dem Ausländergesetz unter rigide Kontrolle gestellt und nur diejenigen Arbeiter\*innen, die der deutschen Wirtschaft nützlich waren, erhielten eine Aufenthaltsgenehmigung, durften weiterhin im Land bleiben und einer Beschäftigung nachgehen. Verloren Migrant\*innen ihre Arbeit, engagierten sie sich politisch oder legten widerständiges Verhalten an den Tag, mussten sie mit dem Entzug ihrer Aufenthaltsgenehmigung und mit Ausweisung rechnen.<sup>5</sup> Nach der Rückkehr-Leitlinie der deutschen Gastarbeiterpolitik sollten Migrant\*innen wieder in ihre Heimatländer zurückkehren, nachdem sie zum deutschen Wirtschaftsaufschwung beigetragen hatten. »Als flexible Reservearmee für ungelernete Tätigkeiten angeworben, wurden sie in den

Arbeitsmarkt integriert, um gleichzeitig langfristig ausgeschlossen zu werden.«<sup>6</sup> Geprägt war diese Zeit vom »Mantra der defensiven Erkenntnisverweigerung Deutschland ist kein Einwanderungsland.«<sup>7</sup>

#### Ablehnung seitens der Gewerkschaften

Gewerkschaften positionieren sich meist kritisch gegenüber der Anwerbung von migrantischen Arbeiter\*innen, weil sie diese häufig als Reservearmee begreifen. Dies könne, so die Gewerkschaften, dazu führen, dass die einheimischen Arbeiter\*innen den Arbeitgeber\*innen gegenüber nicht mehr genügend Druck erzeugen könnten, um ihre Forderungen durchzusetzen. Ihre Verhandlungsmacht werde geschmälert.<sup>8</sup> So waren auch die Gewerkschaften in der jungen BRD der Anwerbung migrantischer Arbeiter\*innen gegenüber skeptisch bis ablehnend eingestellt. Diese nahmen sie als Konkurrent\*innen und Lohndrücker\*innen wahr und versuchten ihre Forderungen hinsichtlich der Gastarbeiteranwerbung über politische Kanäle umzusetzen.<sup>9</sup> Der DGB begründete 1955 seine Ablehnung wie folgt:

Unbeschadet [einer] internationalen Solidarität [würde] keine Gewerkschaft eines Landes sich mit Hereinströmen von Arbeitskräften aus dem Ausland einverstanden erklären können, solange im eigenen Lande noch eine nicht unbeträchtliche Zahl von Arbeitnehmern arbeitslos ist oder Kurzarbeit leistet.<sup>10</sup>

Die Gewerkschaften hielten ihre Skepsis gegenüber migrantischen Arbeiter\*innen nicht zurück. Der vorherrschende Grundton war von Misstrauen und Ablehnung

geprägt und die Einstellung, dass migrantische Arbeiter\*innen wieder in ihre Heimatländer zurückkehren würden und sollten, war stark verbreitet.<sup>11</sup> Es waren auch die Gewerkschaften, die gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden und der staatlichen Arbeitsverwaltung Druck auf die Bundesregierung ausübten, einen Anwerbestopp zu erteilen. So fanden die Anwerbungen 1973 unter dem Vorwand einer Rohölkrise ein abruptes Ende. Auch nach dem Anwerbestopp unter der SPD-Regierung von Willy Brandt setzten die Gewerkschaften auf eine kompromisslose Umsetzung des Anwerbestopps ein und bestanden darauf, dass keine Lockerungen stattfinden. Des Weiteren unterstützten sie die »generelle Verschärfung der Vergabe von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnissen.«<sup>12</sup> »Der Anwerbestopp [markiert, Anm. d. Verf.] den Zeitpunkt, an dem ein rassistischer Diskurs hegemonial wurde, der MigrantInnen zum »Problem« für den »gesellschaftlichen Frieden« und so- mit zu einer »politischen und sozialen Gefahr« für die BRD erklärte.«<sup>13</sup> Auch kann der Anwerbestopp als eine Reaktion gegenüber den sich immer stärker politisierenden und Widerstand leistenden Migrant\*innen gelesen werden.<sup>14</sup>

### Hierarchisierung und gewerkschaftliche Einbindung

Die Tätigkeiten, die für die sogenannten Gastarbeiter\*innen vorgesehen waren, waren von niedriger Qualifikation. Die meisten Arbeiter\*innen wurden am Fließband mit Akkordarbeit, im Baugewerbe oder bei der Steinkohleförderung im Bergbau sowie im

Reinigungsgewerbe und in der Pflege eingesetzt. Es gab zwischen migrantischen und deutschen Arbeiter\*innen teilweise gravierende Lohnunterschiede und diese machten sich bei migrantischen Arbeiterinnen noch stärker bemerkbar, da sie aufgrund ihrer Herkunft und ihres Geschlechts diskriminiert wurden. Die Ungleichheit zeigte sich auch auf der Hierarchieebene. Die deutschen Arbeiter\*innen hatten in den meisten Fällen die besseren Tätigkeiten und begegneten den migrantischen Arbeiter\*innen oft als Vorgesetzte oder Vorarbeiter\*innen.<sup>15</sup> Nicht selten profitierten sie vom sogenannten Fahrstuhl-Effekt. Als Migrant\*innen in die BRD kamen und hier in (in der Regel) weniger qualifizierten Tätigkeiten eingesetzt wurden, konnten deutsche Arbeiter\*innen in höhere und besser bezahlte Positionen aufsteigen.<sup>16</sup>

Die Ausrichtung der Gewerkschaften war von ambivalentem Charakter und bewegte sich zwischen Solidarität und Eigeninteresse.<sup>17</sup> Gewerkschaftliche Einwanderungspolitik verlief meist entlang bundespolitischer Vorgaben und der Zustimmungsbereitschaft der deutschen Arbeiter\*innen, deren Konzessionen je nach Arbeitsmarktsituation unterschiedlich ausfielen. Häufig brachten diese einer restriktiven Ausländerpolitik eher Verständnis gegenüber als dem programmatischen Anspruch der Gewerkschaften, migrantische Arbeiter\*innen im selben Umfang gewerkschaftlich zu vertreten wie die deutsche Belegschaft.<sup>18</sup> Trotz der anfangs stark ablehnenden Haltung der Gewerkschaften, waren sie aber auch diejenigen, die mit als erste als Anlaufstelle für die Migrant\*innen zur Verfügung standen.<sup>19</sup> So wollte zum Beispiel die IG Metall die Quote migrantischer Vertrauensleute und Betriebsräte verbessern und intensivierte bereits 1960 ihre Bildungsarbeit, um Menschen mit

Migrationsgeschichte stärker in ihre Strukturen einzubinden.<sup>20</sup> Dort wurde 1961 das Referat »Ausländische Arbeitnehmer« eingerichtet<sup>21</sup> und 1962 erstmals migrantische Vertrauensleute als Beobachter\*innen zum Gewerkschaftstag zugelassen. Beim Gewerkschaftstag 1965 wurden Vorschläge für die gewerkschaftliche Ausländerarbeit erarbeitet. Außerdem wurde dort zum ersten Mal akzeptiert, dass die Beschäftigung von migrantischen Arbeiter\*innen kein vorübergehender Zustand sein werde, sondern ein Dauerzustand, dem man sich auch innergesellschaftlich annehmen müsse. »Zugleich wurde über die arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung hinaus die betriebsverfassungsrechtliche Gleichstellung gefordert und die soziale Integration als gesellschaftspolitisches Ziel formuliert.«<sup>22</sup> Es waren auch die Gewerkschaften, die eine Gleichstellung aller Arbeiter\*innen forderten und diese Forderung mit dem Betriebsverfassungsgesetz, das 1972 verabschiedet wurde, umsetzen konnten. Somit konnten auch Arbeiter\*innen aus Nicht-EU-Staaten, unabhängig von ihrer Herkunft, an den Betriebsratswahlen partizipieren und wählen und gewählt werden.<sup>23</sup> »Eine tatsächliche Vertretung für die gesonderten Interessen der MigrantInnen führte erstmalig die IG Metall ein, als sie 1983 die Personengruppe »Ausländische Arbeiter« schuf. [...] Ver.di führte eine solche Personengruppe erst in den letzten Jahren ein.«<sup>24</sup> Aber nicht nur durch die Arbeit der Gewerkschaften, sondern auch durch das hohe persönliche Engagement der Migrant\*innen konnte der Organisationsgrad von migrantischen Arbeiter\*innen bei der IG Metall, der IG Bergbau und der IG Chemie ein wesentlich höheres Niveau erreichen als in anderen Wirtschaftszweigen.<sup>25</sup>

## Arbeitsbedingungen und Organisierung

Der Organisationsgrad der migrantischen Arbeiter\*innen war hoch und lag zu Beginn der 1970er Jahre bei ca. einem Viertel der rund zwei Millionen migrantischen Arbeiter\*innen.<sup>26</sup> »Bei Gastarbeitern aus Griechenland, Portugal und Spanien, wo bis Mitte der 1970er Jahre Diktaturen herrschten, aus dem sozialistischen Jugoslawien oder aus der Türkei nach dem Militärputsch 1980« war ein starkes Bewusstsein für politisches Engagement entstanden und dieses versuchte man auch in Deutschland einzubringen.<sup>27</sup> Griechische Arbeiter\*innen organisierten von Deutschland aus den Widerstand gegen die Militärjunta, Arbeiter\*innen aus der Türkei kamen aus einem Land, in dem Gewerkschaften gegen staatliche Verfolgung ankämpften und organisierten sich auch hier in Arbeiter\*innenvereinen und in Italien gab es viele Erfahrungen mit Streiks, zumal die kommunistische Partei als zweitstärkste Partei im Parlament saß. Das Verständnis von gewerkschaftlichem Engagement bei vielen Migrant\*innen unterschied sich also von jenem in der BRD, das sich auf Tarifverhandlungen fokussierte. »Die Betreuungs- und Beratungstätigkeit sowie die organisatorische Integration der MigrantInnen durch die Gewerkschaften diente [...] zunächst weniger der tatsächlichen Interessenvertretung als vielmehr der Kontrolle.«<sup>28</sup> Indem man die migrantischen Arbeiter\*innen organisatorisch in die eigenen Strukturen einband, stellte man sicher, dass eine sozial- und tarifrechtliche Gleichstellung mit den deutschen Arbeiter\*innen stattfand. So konnte man verhindern, dass migrantische

Arbeiter\*innen Gastarbeitergewerkschaften gründen, die sich unabhängig positionieren und radikaler auftreten. 1965 wurde vom DGB sogar eine Studie über die »Infiltration ausländischer Gastarbeiter in der Bundesrepublik« in Auftrag gegeben, die dann aber konstatierte, dass von den migrantischen Arbeiter\*innen keine Gefahr für die BRD ausginge.<sup>29</sup>

Problematisch war auch, dass die Arbeit der Gewerkschaften oft paternalistisch geprägt war. So unterstellte man den migrantischen Arbeiter\*innen Unkenntnis über politische Prozesse und demokratische Strukturen und wollte ihnen diese über die Ausländerarbeit näherbringen.<sup>30</sup> Dieser paternalistische und diskriminierende Ansatz der Gewerkschaften zog sich auch durch die Gewerkschaftsarbeit der nachfolgenden Jahre.

Immer stärker leisteten Migrant\*innen Widerstand gegen ihre Arbeitsbedingungen und Bevormundung und organisierten sich gewerkschaftlich und politisch. Ihre Forderungen entsprangen aus den der Massenproduktion resultierenden Zuständen. Die Fließbandarbeit und das Akkordsystem wurden genauso kritisiert wie die Existenz unterer Lohngruppen, deren Abschaffung man forderte, da vor allem Migrant\*innen in diesen Lohngruppen beschäftigt waren. Aber ihre Widerstände richteten sich nicht nur gegen die Arbeitsbedingungen. Auch die Zustände des Alltags und der Wohnverhältnisse wurden in die Widerstandskämpfe mit einbezogen.<sup>31</sup> So protestierten z.B. 1963 die italienischen Arbeiter\*innen von VW gegen ihre Wohnsituation im sogenannten »Italienerdorf« in Wolfsburg, welches aufgrund seines katastrophalen Zustands als »Barackenlager« bezeichnet wurde und traten in einen eintägigen Streik.<sup>32</sup>

Eine andere Widerstandsform, sich den täg-

lichen Erniedrigungen, der gesellschaftlichen Ablehnung, subtiler oder offener Diskriminierung auf der Arbeit und dem Wohnungsmarkt sowie dem prekären Aufenthaltsstatus zu entziehen, bestand darin eigene Communities aufzubauen. Auf der Basis der Selbstorganisationen entstanden z.T. bis heute existierende Räume und Beziehungsstrukturen, in denen sich MigrantInnen als handelnde, politische Subjekte fühlen und sich teilweise den willkürlichen Zugriffen und Verordnungen der Ausländerbehörde entziehen konnten.<sup>33</sup>

### Wilde Streiks

Zwischen Mitte der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre hatten zahlreiche sogenannte »wilde Streiks« stattgefunden, die von migrantischen Arbeiter\*innen eigenständig organisiert worden waren. Die Reaktionen auf diese waren in den Betrieben gemischt. Sowohl Spaltungen zwischen den deutschen und den migrantischen Arbeiter\*innen als auch erfolgreiche Solidarierungen waren zu verzeichnen.<sup>34</sup> Jedoch überwogen Misstrauen und Ressentiment gegenüber den migrantischen Arbeiter\*innen. Charakteristisch für diese Arbeitskämpfe war, dass vonseiten der vorwiegend deutschen Betriebsräte und Gewerkschaftsrepräsentanten selten Solidarität mit den Arbeitskämpfen gezeigt wurde. Denn in der Hierarchieebene über ihnen stehend, hatten sie diese oft nur deswegen erreicht, weil Migrant\*innen die niedrigen Ebenen ausfüllten.<sup>35</sup> So kämpften Migrant\*innen gegen ihre niedrigen Positionen und gegen ihren Ausschluss, wohingegen deutsche Arbeiter\*innen und Gewerkschaften in vielen Fällen ein Interesse an dem Erhalt der betrieblichen Strukturen hatten und keine Än-

derung akzeptieren wollten.<sup>36</sup>

Die »wilden Streiks«, die sich ab 1968 Bahn brachen und 1973 ihren Höhepunkt erreichten, waren eine Reaktion auf die rassistischen Zustände in den Betrieben und die schlechten Wohnsituationen. Insgesamt war es ein Aufbegehren gegen eine inferiore Position in der Gesellschaft, die den Migrant\*innen zugeschrieben wurde.<sup>37</sup> Laut dem Redaktionskollektiv *express* streikten 1973 mindestens 275.000 Arbeiter\*innen und Angestellte in rund 335 Betrieben spontan und unabhängig von den Gewerkschaften.<sup>38</sup> Zwei Streiks des Streikjahres 1973 stechen hierbei besonders hervor: Der Frauenstreik bei Pierburg in Neuss, der durch die Solidarisierung der Arbeiterinnen untereinander erfolgreich war,<sup>39</sup> und bei Ford in Köln, welcher vor allem aufgrund fehlender Solidarisierung durch die IG Metall und der nicht-migrantischen Arbeiter\*innen blutig niedergeschlagen wurde.<sup>40</sup> Es waren nicht nur die Betriebe, in denen die ungerechten und diskriminierenden Strukturen angeprangert wurden. Diese waren intensiv verknüpft mit den Kämpfen gegen die rassistischen Lebensverhältnisse in Deutschland. In der gesamten Bundesrepublik hatten sich zahlreiche »multinationale Zentren« gebildet und Migrant\*innen versuchten sich in migrantischen Arbeiter- und Kulturvereinen zu organisieren. So wurde das Wahlrecht gefordert, man protestierte gegen Polizeigewalt und gegen mediale Hetze.<sup>41</sup> Auch konnten Solidaritätsstrukturen mit linken Organisationen gebildet werden. So waren zum Beispiel die Proletarische Front in Hamburg und Bremen, der Arbeiterkampf in Köln, der Revolutionäre Kampf im Rhein-Main-Gebiet und die Arbeitersache in München in die Entwicklung von Ideen für eine »multinationale Betriebsarbeit« involviert und standen sowohl mit den betrieblichen migrantischen Strukturen

als auch den migrantischen Selbstorganisationen in Kontakt. Auf diese Weise fand auch eine Annäherung von migrantischen Milieus und der Studierendenbewegung statt.<sup>42</sup>

#### Nach dem Anwerbestopp

Der Anwerbestopp von 1973 hatte dazu geführt, dass sich viele Migrant\*innen für Deutschland als Lebensmittelpunkt entschieden und sich durch den Nachzug von Familienmitgliedern hier auf ein dauerhaftes Leben einrichteten. »Die Herkunftsorientierung der Migrant\*innen nahm daher rasant ab, die Bleibeorientierung dagegen zu.«<sup>43</sup> Immer mehr Arbeiter\*innen engagierten sich in Gewerkschaften, um ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern.<sup>44</sup> Ab 1973 war die Vergabe von Arbeitserlaubnissen restriktiv begrenzt worden. Die »Ausländerbeschäftigung« sank bis zum Jahr 1979 von 2,6 Millionen auf 1,8 Millionen. Der Entzug der Arbeitserlaubnis ersetzte oft die anstehende Kündigung, womit Unternehmen auch von der Zahlung einer Abfindung an die Arbeiter\*innen befreit waren und sich auch den Auseinandersetzungen mit den Betriebsräten entledigten.<sup>45</sup>

Die Debatte um die Bezeichnung Deutschlands als Einwanderungsland war währenddessen intensiviert worden. Der DGB hielt sich bis in die 1980er Jahre hinein zurück, Deutschland als Einwanderungsland zu bezeichnen. Die IG Metall hatte hier eine offener Position gezeigt und die Arbeit für und mit migrantischen Arbeiter\*innen in den Betrieben und Arbeitskreisen ausgebaut.<sup>46</sup>

Die 80er Jahre waren aber auch geprägt von einem Anstieg rechtsextremer Straftaten und einer Zuspitzung des Einwanderungs-

diskurses.<sup>47</sup>

Auch in der Regierung zeigte sich der Rechtsschwenk in der Einwanderungspolitik. 1981 verlagerte die Bundesregierung den Bereich »Ausländerpolitik« vom Arbeitsministerium in den Kompetenzbereich des Bundesinnenministeriums (BMI). »Aus einem arbeitsmarktpolitischen Thema wurde damit ein ordnungs- und sicherheitspolitisches Thema«. Die Rückkehr der Migrant\*innen sollte durch die von der Koalition aus CDU und FDP beschlossene Rückkehrprämie bestärkt und der Familiennachzug erschwert werden.<sup>48</sup> Zahlreiche Unternehmen drängten Arbeiter\*innen dazu, von der Rückkehrprämie Gebrauch zu machen, um ihre eigenen Kosten bei einer Entlassung niedrig zu halten.<sup>49</sup> Ca. 100.000 Arbeiter\*innen entschieden sich für eine Rückkehr. Für die Rückkehrprämie, auch »Hau-ab-Prämie« titulierte, mussten die migrantischen Arbeiter\*innen jedoch auf ihre bereits gezahlten Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung verzichten.<sup>50</sup> Oft waren es auch ihre Arbeitsplätze, die am stärksten von Umstrukturierungen betroffen waren und sie somit leichter unter Druck gesetzt werden konnten. So boten Unternehmen ihren migrantischen Arbeiter\*innen Abfindungen an und setzten ihnen zeitliche Fristen. Angesichts des drohenden Verlustes des Arbeitsplatzes nahmen z.B. bei Mannesmann in Duisburg 1000 türkische Arbeiter\*innen die Abfindung und »Rückkehrprämie« an und kehrten zurück in die Türkei.<sup>51</sup>

Diese Politiken wurden von vielen Migrant\*innen als Warnzeichen entlang einer sich immer mehr verschärfenden Debatte gesehen. Viele fingen daher an, sich stärker zu organisieren und traten vermehrt Gewerkschaften bei.<sup>52</sup> »Die IG Metall zählte in diesen Jahren 300.000 Mitglieder, 4.000 Betriebsräte und 12.000 Vertrauensleute nicht deutscher Her-

kunft.«<sup>53</sup> Arbeitskreise und »Ausländerausschüsse« in Gewerkschaften stärkten die Position migrantischer Arbeiter\*innen in den Betrieben. Sie wurden zu einem elementaren Bestandteil von Arbeitskämpfen und waren unverzichtbar für die Konfliktfähigkeit der Gewerkschaften. An den Warnstreiks in der ersten Hälfte der 1980er Jahre nahmen migrantische Arbeiter\*innen zahlreich teil. Sie kämpften gegen Betriebsstilllegungen und waren auch bei den Tarifauseinandersetzungen 1984 um die 35-Stunden-Woche zahlenmäßig stark vertreten. Immer stärker konnten sie in Repräsentationsstrukturen aufsteigen. Die Zahl der Betriebsräte des DGB betrug 1987 erstmalig 7000 und steigerte sich dann 1990 auf 8381. 558 von ihnen wurden zu Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Dies stärkte ihre Position und ihre Eigenständigkeit. Die Zahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter\*innen mit Migrationsgeschichte in der IG Metall war zwischen 1973 und 1991 von 228.721 auf 325.859 angestiegen, dies bedeutete fast eine Verdopplung innerhalb von 20 Jahren von 28,2 % (1973) auf 55,6 % (1991). Erklärt werden kann der hohe Organisationsgrad der Migrant\*innen damit, dass sie ein besonderes Schutzbedürfnis hatten. Zusätzlich betrachteten viele migrantische Arbeiter\*innen die Gewerkschaften als Orte der politischen Partizipation, da diese ihnen andernorts oft verwehrt wurde und sie zum Beispiel nicht über das Wahlrecht verfügten.<sup>54</sup> Die Debatte um das kommunale Wahlrecht für Migrant\*innen war in den 1970er Jahren aufgekommen und hatte in den 1980er Jahren Fahrt aufgenommen. Die IG Metall und der DGB schlossen sich dieser Forderung an. 1987 organisierte die IG Metall eine Kampagne unter dem Titel: »Ein Mensch – eine Stimme. Wahlrecht ist Menschenrecht!«, um migrantischen Bürger\*innen auch außerhalb



des Betriebs ein Recht auf politische Teilhabe zu ermöglichen. Im weiteren Verlauf erklärte jedoch das Bundesverfassungsgericht das kommunale Wahlrecht für »Ausländer\*innen« als verfassungswidrig. Dies führte zu einem Abebben der politischen Kampagnen.<sup>55</sup>

Obwohl in Bundesländern wie Hamburg oder Bremen positive Beschlüsse hinsichtlich des Kommunalwahlrechts für Migrant\*innen zu verzeichnen waren, wurden diese Entwicklungen durch den Mauerfall in den Hintergrund gerückt und von der deutschen Vereinigung überlagert.<sup>56</sup>

Die Gewerkschaften öffneten sich derweil stärker für das Engagement migrantischer Arbeiter\*innen und der Beteiligung an betrieblichen Strukturen.<sup>57</sup> Die Akzeptanz der ehemaligen »Gastarbeiter\*innen« als nunmehr Kolleg\*innen in den Betrieben, aber auch als Nachbarn im Alltag, hatte zugenommen. Die Arbeit mit und für Migrant\*innen wurde zu einem wichtigen Bestandteil der Gewerkschaften. Allerdings schwang auch stets noch Misstrauen und zu gewissen Teilen Ablehnung gegenüber migrantischen Arbeiter\*innen mit, welche man auch oft noch als »fremd« wahrnahm.<sup>58</sup>

Auf dem Gewerkschaftstag 1983/84 der IG Metall wurden migrantische Arbeiter\*innen als Personengruppe anerkannt und konnten somit eigene Konferenzen durchführen und Anträge an gewerkschaftliche Gremien stellen. Als »historisches Ereignis in der Geschichte der deutschen Gewerkschaften« wurde zudem die erste Bundesausländerkonferenz der IG Metall im Mai 1986 bezeichnet. Diese war geprägt durch die kritischen Beiträge von 199 Delegierten bezüglich der Repräsentanz und Teilhabe der migrantischen Arbeiter\*innen, sowohl in der Gewerkschaft als auch in der Gesellschaft.<sup>59</sup>

## Deutsche Vereinigung

Aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive zeigt sich die Zeit nach 1989 als ein Prozess, der zur Folge hatte, dass Migrant\*innen von großen Teilen der Bevölkerung zu »unerwünschten« Personen erklärt wurden und die nun proklamierte gesamtdeutsche Identität keinen Platz für sie vorsah. Unmittelbar nach dem Mauerfall wurden Rufe wie »Deutschland den Deutschen« und »Ausländer raus!« chorartig skandiert und vermehrt sich schlagartig. Hatten Migrant\*innen in Ost und West zu Beginn noch die Euphorie über den Mauerfall geteilt, setzte unmittelbar eine Phase enormer Verunsicherung ein. Viele der ca. 94.000 in der DDR lebenden Vertragsarbeiter\*innen wurden unmittelbar nach dem Mauerfall abgeschoben.<sup>60</sup> »Ein Jahr nach dem Mauerfall hatten Massenentlassungen, Rückkehrprämien und erhöhte Wohnheimmieten rund 34.000 von ihnen zur Ausreise gedrängt.«<sup>61</sup> Die Angst, den Aufenthaltsstatus zu verlieren, war groß. So gingen z.B. vietnamesische Vertragsarbeiter\*innen in den Westen oder stellten Anträge auf Asyl, um einer Abschiebung zu entgehen.<sup>62</sup> Erst 1993 konnten ehemalige Vertragsarbeiter\*innen durch die Bleiberechtsregelung einen befristeten Aufenthalt erhalten – unter der Voraussetzung, dass sie keine Sozialhilfe erhielten. »Viele sahen sich daher gezwungen, in die Selbstständigkeit zu gehen. Sie verkauften Zigaretten und Blumen auf der Straße oder eröffneten Imbisse.«<sup>63</sup> Erst durch die Erteilung von unbefristeten Aufenthaltstiteln durch die Änderungen im Ausländergesetz 1997 konnten sich ehemalige Vertragsar-

beiter\*innen auf ein Leben in Deutschland einstellen, ihre Familien oder Angehörigen nachholen und sich in Deutschland ein Leben aufbauen.<sup>64</sup>

Viele Migrant\*innen aus der alten BRD wiederum verloren ihre Arbeit, da zahlreiche Unternehmen in den Osten umsiedelten, um ihre Produktionskosten zu senken. Für die meisten von ihnen kam ein Umzug in den Osten nicht in Frage. Die Angst vor dem immer stärker aufkeimenden Rassismus überwog.<sup>65</sup> Unternehmen, die im Westen blieben, versuchten wiederum durch die Anstellung von Arbeiter\*innen aus dem Osten die Löhne zu drücken, was oft zulasten migrantischer Arbeitsverhältnisse geschah. Akzeptierten diese die Senkung ihrer Löhne nicht, drohte man ihnen, sie durch Arbeiter\*innen aus dem Osten zu ersetzen. So verloren viele migrantische Arbeiter\*innen ihre Arbeitsplätze.<sup>66</sup> Die Arbeitskräfte aus der ehemaligen DDR wurden so häufig zur Konkurrenz von Arbeiter\*innen im Westen. Die ökonomischen Veränderungen der frühen 1990er Jahre wirkten sich besonders nachteilig auf migrantische Arbeiter\*innen aus, da sie sich überproportional oft an den unteren Enden der Produktionsketten befanden, häufiger ungelernt waren und somit leichter ausgetauscht werden konnten.<sup>67</sup> Die Arbeitslosigkeit stellte gerade für die erste Generation von migrantischen Arbeiter\*innen eine Bedrohungssituation dar. »Ihre gesamte Position in der Gesellschaft war in Gefahr. Sie hatten Angst, den sich selbst gegenüber gerechtfertigten Status zu verlieren. Denn ihr einziger Status in der Gesellschaft war es, Arbeiter zu sein.«<sup>68</sup> Fiel dieser nun weg, rüttelte dies an ihrer Existenz. Viele Arbeiter\*innen erfuhren nach dem Mauerfall eine Abwertung ihrer Tätigkeiten und Positionen. Nicht selten stellte sich ein Gefühl der Abnutzung ein. Die

Migrationsforscherin Nevim Çil hat nach der Wende Interviews mit Migrant\*innen geführt und den Verlust dieses Identifikationspunktes ausführlich dokumentiert. Eine Interviewpartnerin schildert die Situation ihrer Eltern wie folgt: »Die Anwerbung war ja so: Die sind in der Türkei bis auf die Zähne untersucht worden, ob sie gesund sind. Nur die Gesunden wurden übernommen. Und dann, nach der Wende, haben sie sich ausgelutscht gefühlt wie eine zerdrückte Zitrone. Dann konnten sie abserviert werden.«<sup>69</sup>

Viele sahen sich gezwungen den Grund ihrer Anwesenheit in Deutschland, den sie zuvor über ihre Arbeit definierten, umzudeuten. Die Familie und die Bildung der Kinder und Enkel rückten neben der ökonomischen die soziale Komponente stärker in den Fokus.<sup>70</sup>

Gleichzeitig war das fordistische Arbeitsregime in Schwierigkeiten geraten. Der Aufstieg des Neoliberalismus hatte starke strukturelle Veränderungen des Arbeitsmarktes und des politischen Raumes zur Folge, welche auch die Gewerkschaftsarbeit betraf. Gerahmt wurden diese Entwicklungen durch die Entwicklung des Arbeitsmarktes hin zu einer Stärkung des Dienstleistungssektors, wobei der industrielle Sektor, in dem die Mehrheit der migrantischen Arbeiter\*innen beschäftigt war, an Bedeutung verlor. Dadurch gingen viele Arbeitsplätze verloren, was migrantische Arbeiter\*innen somit überproportional häufig traf. Die massive Verschärfung des Wettbewerbs auf dem deutschen Arbeitsmarkt führte dazu, dass eine große Zahl der Betriebe umstrukturiert wurde oder geschlossen werden musste. »Von 1985 bis 2000 stieg die Zahl der arbeitslosen Migrant\*innen in Westdeutschland um fast 75 Prozent, während die Zahl der arbeitslosen Bundesbürger im gleichen Zeitraum lediglich um 6,4 Prozent zunahm.« Verstärkt durch

eine breite Sozialabbaukampagne, wirkte sich diese Entwicklung äußerst negativ auf die Situation von Migrant\*innen Arbeiter\*innen aus, welche zudem noch vermehrt mit Ausgrenzungspolitiken konfrontiert wurden.<sup>71</sup>

## Situation in den Gewerkschaften

Hatten migrantische Arbeiter\*innen es mit den Jahren geschafft, ihre Belange stärker in den Fokus der gewerkschaftlichen Themen zu rücken, wurden diese nach der Wiedervereinigung weniger berücksichtigt und gerieten in den Hintergrund. Wie Yilmaz Karahasan, ehemaliger Gewerkschaftssekretär der IG Metall und 1993 erstes Vorstandsmitglied der IG Metall mit Migrationsgeschichte berichtet, führte dies dazu, dass viele migrantische Arbeiter\*innen angesichts dieser Situation frustriert waren und ihre Forderungen nicht berücksichtigt sahen, wo sie doch viele Jahre intensiv für ihre Repräsentation und Teilhabe gekämpft hatten.<sup>72</sup>

Ab 1992/1993 setzte ein Verlust der Mitgliedschaften in den Gewerkschaften ein, die zum Beispiel bei der IG Metall unmittelbar nach der Vereinigung zunächst durch Angliederung der ostdeutschen Arbeiter\*innen von 2,7 Millionen auf 3,7 Millionen Mitglieder angewachsen waren und drei Jahre später wieder um ca. eine Million zurückgingen.<sup>73</sup> Obwohl die Branchen, in denen migrantische Arbeiter\*innen beschäftigt waren in besonderem Maße von Beschäftigungsabbau und strukturellen Umbrüchen betroffen waren, fiel der Mitgliederrückgang bei migrantischen Arbeiter\*innen geringer aus als bei übrigen Personengruppen.<sup>74</sup>

Des Weiteren wurden im Zuge neoliberaler Umstrukturierungen viele Produktionszweige

in Niedriglohnländer verlagert oder erfuhren durch neue Technologien eine Schwächung. Insbesondere waren Industriezweige wie die Stahl- und Textilindustrie oder der Bergbau, in denen viele migrantische Arbeiter\*innen beschäftigt waren, betroffen. In den neu entstandenen Technologiebereichen, die meist im Dienstleistungssektor verortet waren, mussten sich die Gewerkschaften zudem erst einmal neue Strukturen aufbauen und waren dementsprechend schwach aufgestellt.<sup>75</sup>

Das ohnehin bis dato abgeschwächte Streikniveau sank nach der Vereinigung noch weiter, auch ausgelöst durch eine wirtschaftlich rezessive Phase, während die Arbeitslosigkeit stark anstieg.

Nunmehr wirkten verschiedene Determinanten, die die Gewerkschaften – in den meisten entwickelten kapitalistischen Staaten – in die Defensive drängten bzw. tiefe Krisen der Organisationen (durch Mitgliederverluste, Streikniederlagen, Angriffe neoliberaler Regierungen, antigewerkschaftliche Medienkampagnen usw.) auslösten: der sozialökonomische Strukturwandel ebenso wie die Veränderungen der politischen und vor allem ideologischen Kräfteverhältnisse.<sup>76</sup>

Unter dem zunehmenden Einfluss einer marktwirtschaftlichen, liberalen und anti-sozialistischen Stimmung mussten auch in den neuen Bundesländern neue Verwaltungs- und Mitgliedsstrukturen aufgebaut werden, was viel Kraft und Ressourcen erforderte. »Dazu absorbierte [...] die Reorganisation der Einzelgewerkschaften im DGB – von 17 auf inzwischen 8, vor allem [...] die Gründung der großen Dienstleistungsgewerkschaft ver.di – einen erheblichen Teil der gewerkschaftlichen Kraft.«<sup>77</sup> Die Streikauseinandersetzungen fanden immer mehr

im Dienstleistungssektor einschließlich des öffentlichen Dienstes statt und verschoben somit das Zentrum der bisherigen Arbeitskämpfe.<sup>78</sup>

Im November 1991 legte die IG Metall ein Positionspapier mit dem Titel »Asylrecht und Einwanderungspolitik« vor und schlug darin ein Einwanderungsgesetz vor. Allerdings verankerte man hier Quotierungen und Kriterien, die hinsichtlich einer Einwanderung angewandt werden sollten. Auch der DGB veröffentlichte 1992 ein Positionspapier, in welchem an einem Anwerbestopp festgehalten wurde. Jedoch sollte dabei keine Quotierung politisch Verfolgter und des Familiennachzugs vorgenommen werden.<sup>79</sup> Zwar wurden mittlerweile die Rechte von migrantischen Arbeiter\*innen stärker berücksichtigt, man definierte die gewerkschaftliche Einwanderungspolitik jedoch noch immer entlang von »Schutzdispositiven« hinsichtlich des eigenen Arbeitsmarktes.

### Zunehmender Rassismus und Anschläge

Währenddessen hatte in den 1990er Jahren der Rassismus gegenüber Migrant\*innen immer weiter zugenommen. »Allein im Jahr 1992 gab es tausende Übergriffe und Anschläge auf Migrant\*innen. 17 von ihnen verloren dabei ihr Leben.«<sup>80</sup> Die Auffassung, dass Deutschland kein Einwanderungsland, sondern ein »Aufenthaltsland« sei, wurde durch das 1991 in Kraft getretene Ausländergesetz manifestiert.<sup>81</sup> Die rassistischen Pogrome von Hoyerswerda 1991 und Rostock-Lichtenhagen 1992, welche sich gegen ehemalige Vertragsarbeiter\*innen und Asylbewerber\*innen richteten, fanden in dieser Zeit der aufgehetzten Stimmung statt. Die

Politik deutete dies als Auftrag, den Zuzug weiterer Asylbewerber\*innen zu verhindern, statt sich auf der Seite der Betroffenen zu positionieren.<sup>82</sup>

Der Asylkompromiss, der im Jahre 1993 von der Koalition aus CDU und FDP und der Unterstützung der SPD beschlossen wurde, stellte einen starken Einschnitt des Grundrechts auf Asyl dar und setzte eine Neuregelung der Einwanderung durch.<sup>83</sup> Die Hetze gegen Migrant\*innen wurde durch die im Bundestag monatelang geführte Debatte um die Verschärfung des Asylrechts weiter angeheizt. Am 29. Mai 1993, drei Tage nach der Verabschiedung des sogenannten Asylkompromisses wurde ein rassistischer Brandanschlag auf ein Wohnhaus in Solingen verübt, bei dem fünf Mitglieder der Familie Genç ums Leben kamen. Zuvor wurden am 23. November 1992 ebenfalls durch einen Brandanschlag auf das Haus der Familie Arslan in Mölln drei Menschen ermordet.<sup>84</sup>

Der DGB-Bundesvorstand hatte seinen Mitgliedern dazu geraten, von der in Solingen stattfindenden Demonstration gegen den rassistischen Brandanschlag fernzubleiben, weil »Auseinandersetzungen nicht auszuschließen seien«.<sup>85</sup> Obwohl von migrantischer Seite eine zentrale Mobilisierung und Teilnahme der Gewerkschaften an den Demonstrationen und einer Bewegung »zum Schutz und zur Gleichstellung der Einwanderer« erwartet wurde, fehlten hier neben der ausbleibenden Mobilisierung sogar symbolische Handlungen. Die Spitzen der Gewerkschaften waren weder in Solingen noch in Mölln anwesend. Ein gesellschaftlich starkes Zeichen durch einen Großteil der Gewerkschaften, Kirchen und weiterer relevanter Institutionen wurde nicht in ausreichendem Maße gesetzt. Die reservierten Töne der Gewerkschaften wurde sowohl von

migrantischen Gruppierungen als auch von zivilgesellschaftlichen Initiativen mit Befremdung vernommen.<sup>86</sup> So gründete sich, auch aus Protest anlässlich der ausbleibenden Solidarität, der »Solinger Appell«, dem sich u. a. der Flüchtlingsrat NRW, das Solinger Bündnis gegen Rassismus und Faschismus, aber auch die kleineren Gewerkschaften IG Medien und die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) anschlossen.<sup>87</sup>

Nach dem Brandanschlag in Mölln waren es auch migrantische Arbeiter\*innen, die die Organisation in die eigene Hand nahmen und wie z. B. bei der Eisenbahn und Häfen GmbH in Duisburg eine Aktion initiierten, bei der mit Transparenten gegen die Anschläge und den Rassismus protestiert wurde. Hier war es auch der Betriebsrat, der nach dem Anschlag in Solingen eine Protestaktion durchführte, um den Rassismus anzuprangern und folgende Worte sprach: »Wir wollen kein Beileid, wir wollen uns vor allem selbst fragen, was wir tun können, um der zunehmenden Verrohung entgegenzutreten.«<sup>88</sup>

### Migrantische Selbstorganisation

In den 1980er und 1990er Jahren bildeten sich zwei unterschiedliche Richtungen der migrantischen Organisation in der BRD heraus: »Der migrantische Lobbyismus und die Formen migrantischer Selbstermächtigung und -verteidigung.«<sup>89</sup> Waren es in den 1970er und 1980er Jahren eher die migrantischen Arbeitervereine, Kulturvereine etc., deren Netzwerke stetig ausgebaut wurden, fiel der Fokus in den 1990er Jahren auf eine andere Form migrantischer Organisation und Poli-

tik. Wo man zuvor noch stark in oder mit zivilgesellschaftlichen Partnern wie »Parteien, Gewerkschaften, paritätische[n] Wohlfahrtsverbände[n]« etc. organisiert war, formierte sich nun angesichts der steigenden Gefahr von rechts die sogenannte »Selbstorganisation.« Gruppen wie FeMigra, Antifa Gençlik, Café Morgenland oder KöXüs »versuchte[n] seit Anfang der 1990er Jahre, sich gegen die alltäglichen Formen des Rassismus zur Wehr zu setzen. Sie mobilisierte[n] zu Demonstrationen nach Brandanschlägen, etablierte[n] Notruftelefone gegen die alltäglichen verbalen und handgreiflichen Übergriffe, setzte[n] der Hetze in der Politik und den Medien durch Flugblätter, auf Konferenzen, durch Aktionen andere inhaltliche Perspektiven entgegen.«<sup>90</sup> Auf Gewerkschaftsseite waren trotz der Zurückhaltung im Anschluss an die rechten Anschläge dennoch auch Veränderungen der inhaltlichen Arbeit zu verzeichnen. »Die Gewerkschaften reagierten auf [den] Rechtsruck mit einer antirassistischen Politisierung der Bildungs-, Jugend- und Migrationsarbeit. Dutzende Konzepte zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus wurden entwickelt, darunter die gewerkschaftlichen Bausteine zur antirassistischen Bildungsarbeit.«<sup>91</sup> Einige Jahre zuvor hatten die DGB-Jugend und der DGB-Vorstand im November 1986 die Kampagne »Mach meinen Kumpel nicht an« ins Leben gerufen, um ein Zeichen gegen den aufkeimenden Rassismus zu setzen.<sup>92</sup>

Von migrantischer Seite aus wurden unter anderem bei den Bundesausländerkonferenzen der IG Metall von 1989 und 1992 ein »Ausländerförderprogramm« gefordert, damit die Vertretung migrantischer Arbeiter\*innen in sämtlichen Gremien der IG Metall verbessert werden konnte.<sup>93</sup>

Doch obwohl die Personengruppe »Auslän-

dische Arbeitnehmer« häufig sehr kämpferisch und zahlreich organisiert war, trat mit der Wende eine Resignation der gewerkschaftlichen Arbeit ein, welche auch auf weitere Gewerkschaften zutraf. Die Hauptgründe lagen hierbei darin, dass das stets sehr hohe Engagement der migrantischen Arbeiter\*innen zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebenssituation häufig ergebnislos blieb oder nicht dem Umfang entsprach, den man sich erhoffte. Hierzu zählten unter anderem, dass trotz jahrelanger Kämpfe um rechtliche Gleichstellung und ein demokratisches Einwanderungsrecht, ein Ausländergesetz verabschiedet wurde, dass Migrant\*innen auf die Rolle von Fremden reduzierte. Die Möglichkeiten politischer Partizipation wurden, trotz langwieriger Kämpfe um das Kommunalwahlrecht, vom Bundesverfassungsgericht abgewiesen. Ungeachtet der Tatsache, dass sie schon seit Jahrzehnten in Deutschland lebten und als »gleichwertige und gleichberechtigte« Kolleg\*innen anerkannt werden wollten, wurden sie immer häufiger mit Rassismus, hetzerischer Medienberichterstattung und Anschlägen konfrontiert und ihre Daseinsberechtigung fortwährend hinterfragt. Auch fehlende Solidarität stellte einen Faktor für die Resignation bezüglich der gewerkschaftlichen Arbeit dar. Viele gewerkschaftliche Aktivist\*innen waren über die mangelnde Unterstützung von Seiten ihrer deutschen Kolleg\*innen hinsichtlich migrantischer Forderungen enttäuscht und zogen sich immer mehr zurück. Auch wurden Politiken der Gewerkschaften, die die migrantischen Arbeiter\*innen betrafen, häufig als halbherzig wahrgenommen und man wünschte sich eine ernsthaftere Umsetzung der Forderungen.<sup>94</sup> Die deutsche Vereinigung überlagerte alle zuvor mühselig erarbeiteten Punkte oder warf die Kämpfe um Anerken-

nung und Repräsentation um Jahre zurück. All diese Aspekte führten dazu, dass migrantische Arbeitskämpfe, welche ihre Höhepunkte in den 1970er Jahren hatten, mit der Zeit abnahmen und gewerkschaftliche Organisierung sich ab den 1990er Jahren meist in den Grenzen institutioneller Arbeitsmarktpolitik bewegte.

### Fazit

Die Geschichte migrantischer Arbeitskämpfe gegen ihre Ausbeutung ist eine Geschichte von Kämpfen gegen Rassismus und Diskriminierung. Lange Zeit waren migrantische Arbeiter\*innen aus der betrieblichen Repräsentation ausgeschlossen. Die nicht zufriedenstellenden Lohnabschlüsse und die Weigerung, die migrantischen Forderungen und Streiks zu unterstützen, ließen den Unmut der migrantischen Arbeiter\*innen kulminieren. Für sie waren Streiks das letzte »Ventil« um ihrem Unmut Luft zu machen. Auch scheiterten die Gewerkschaften häufig darin, die Arbeitskämpfe angemessen zu analysieren und auf die schlechten Arbeitsbedingungen und die geringen und ungleichen Löhne einzugehen. Migrantische Arbeiter\*innen entwickelten jedoch ihre eigenen Strategien, um ihre Forderungen durchzusetzen und standen nicht selten auch in Austausch mit politischen Gruppen oder studentischen Initiativen. So konnten die Arbeitskämpfe mit weiteren Kämpfen gegen Strukturen der Ungleichheit aufgebaut werden. Nach dem Anwerbestopp 1973 sahen viele Migrant\*innen Deutschland stärker als ihren Lebensmittelpunkt und engagierten

sich zahlreich in Gewerkschaften, bauten Repräsentationsstrukturen aus und setzten durch, dass ihre spezifischen Forderungen innerhalb von Gewerkschaften immer mehr Raum eingeräumt wurde. Allerdings bewegte sich die gewerkschaftliche Arbeit insbesondere seit den 1980er Jahren in einem Klima verstärkter neoliberaler Strukturen, aufkeimendem Rassismus und insbesondere der Schwächung gewerkschaftlicher Organisation in und nach der Wendezeit. Diese markiert einen starken Einschnitt in das Leben migrantischer Arbeiter\*innen, da viele von ihnen durch die ökonomischen Veränderungen nach dem Mauerfall ihre Arbeit verloren und ihre mühevoll geführten Kämpfe thematisch überlagert oder unsichtbar gemacht wurden. Insbesondere der aufkeimende Rassismus in der Zeit der deutschen Vereinigung und die Stigmatisierung von Migrant\*innen als die »Fremden«, welche in der neuen gesamtdeutschen Identität keinen Platz zugewiesen bekamen, waren prägend für migrantische Biographien. Der Höhepunkt migrantischer Kämpfe in den 1970ern konnte in den Folgejahren nicht mehr erreicht werden. Weiterhin wurde gestreikt, jedoch verschob sich der Fokus auf die betriebliche Organisation und durch die Schwächung der Gewerkschaften gerieten migrantische Forderungen in den Hintergrund. Nicht selten hatten diese Entwicklungen eine Resignation der Kämpfe oder eine Verlagerung hin zu alternativer migrantischer Selbstorganisation zur Folge. Immer noch ist in vielen Betrieben eine Spaltung entlang rassistischer Exklusionslinien existent. Dies zeigt sich oft in der scharfen Trennung von der besser gestellten Stammbeschäftigten und den prekär angestellten Beschäftigten und Leiharbeiter\*innen. Noch immer konzentrieren sich die Gewerkschaften eher auf die Vertretung der Interessen

der »einheimischen Stammbeschäftigten«, in Kauf nehmend, dass dadurch zentrale Machtmechanismen von Arbeitgeber\*innenseite reproduziert werden. Der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte bei Betriebsräten und unter den Vertrauenspersonen ist seit den Gastarbeiterjahren steigend, liegt aber immer noch unter dem Anteil der migrantischen Arbeiter\*innen an allen Beschäftigten. Trotz dessen nehmen Migrant\*innen immer stärker Einfluss auf die betriebliche Repräsentation und können so die Prozesse in Betrieben zunehmend machtvoll mitgestalten.

## Anmerkungen

- 1 Zit. n. Bojadžijev, Manuela, Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration, Münster 2012, S. 150.
- 2 IG Metall, Ressort Migration und Teilhabe, Migrationsland D. Eine Handlungshilfe für Begegnung und Dialog, Wiesbaden 2019, S. 11.
- 3 Lingl, Wolfgang, Der Familiennachzug in die Bundesrepublik Deutschland. Eine sozialetische Untersuchung aus migrationssoziologischer Perspektive, München 2017, S. 38.
- 4 IG Metall, Migrationsland D., S. 11.
- 5 Ebd.
- 6 Engelschall, Titus, »The Immigrant Strikes Back. Spuren migrantischen Widerstands in den 60/70er Jahren«, in: interface (Hrsg.), WiderstandsBewegungen. Antirassismus zwischen Alltag & Aktion, Berlin/Hamburg 2005, S. 43.
- 7 Pries, Ludger / Dasek, Andrea, »Das Verhältnis von Gewerkschaften zu Migration: Ambivalente Orientierungen zwischen Ablehnen, Ausblenden und Ernstnehmen«, in: AIS-Studien, 10 (1), S. 39–56, hier: S. 39.
- 8 vgl. Karakayalı, Serhat / Tsianos, Vasilis, »Migrationsregimes in Almanyia. Zum Verhältnis von Staatlichkeit und Rassismus oder Determinanten der Bewegung. Rassismus, Ökonomie und Staat«. Online abrufbar unter: [https://www.academia.edu/3478449/Serhat\\_Karakayalı\\_Vassilis\\_Tsianos\\_Migrationsregimes\\_in\\_Almanya\\_Zum\\_Verhältnis\\_von\\_Staatlichkeit\\_und\\_Rassismus\\_oder\\_Determinanten\\_der\\_Bewegung\\_Rassismus\\_Ökonomie\\_und\\_Staat](https://www.academia.edu/3478449/Serhat_Karakayalı_Vassilis_Tsianos_Migrationsregimes_in_Almanya_Zum_Verhältnis_von_Staatlichkeit_und_Rassismus_oder_Determinanten_der_Bewegung_Rassismus_Ökonomie_und_Staat) [letzter Zugriff: 17.11.2019], S. 4.
- 9 Ebd.
- 10 Trede, Oliver, Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik und in Großbritannien in den 1960er und 1970er Jahren, Paderborn 2015, S. 43.
- 11 Ebd., S. 55.
- 12 Trede, Oliver, »Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik. Zwischen Misstrauen und Integration«, 26.08.2016. Online abrufbar unter: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/232789/gewerkschaften-und-arbeitsmigration-in-der-bundesrepublik> [letzter Zugriff: 19.11.2019].
- 13 Engelschall, Titus, »The Immigrant Strikes Back, Spuren migrantischen Widerstands in den 60/70er Jahren«, in: interface (Hrsg.), WiderstandsBewegungen. Antirassismus zwischen Alltag & Aktion, Berlin / Hamburg 2005, S. 53.
- 14 Vgl. Karakayalı, Serhat / Giesecke, Johannes / Schrenker, Markus / Foroutan, Naika / El-Kayed, Nihad, Mitglieder mit Migrationshintergrund in der IG Metall. Projektbericht Berlin, Berlin 2017, S. 2.
- 15 Vgl. Plamper, Jan, Das neue Wir: Warum Migration dazugehört. Eine andere Geschichte der Deutschen, Frankfurt am Main 2019, S. 96 f.
- 16 Vgl. Pries, Ludger / Dasek, Andrea, »Das Verhältnis von Gewerkschaften zu Migration«, in: AIS Studien, Jahrgang 10, Heft 1, April 2017, S. 42.
- 17 Vgl. ebd.
- 18 Vgl. Kühne, Peter / Öztürk, Nihat / West, Klaus- W., Gewerkschaften und Einwanderung. Eine kritische Zwischenbilanz, Köln 1994, S. 19.
- 19 Vgl. IG Metall, Migrationsland D., S. 12.
- 20 Vgl. Goeke, Simon, »Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund innerhalb von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen«, in: Heinrich Böll Stiftung, Heimatkunde, Migrationspolitisches Portal, Sep-



tember 2011. Online abrufbar unter: <https://heimatkunde.boell.de/de/2011/09/18/partizipation-von-menschen-mit-migrationshintergrund-innerhalb-von-gewerkschaften-und> [letzter Zugriff: 23.07.2020].

21 Vgl. Karakayalı, Serhat / Giesecke, Johannes / Schrenker, Markus / Foroutan, Naika / El-Kayed, Nihad, »Mitglieder mit Migrationshintergrund in der IG Metall«, Projektbericht am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung, Berlin 2017, S. 3. Online abrufbar unter: [https://www.bim.hu-berlin.de/media/IGM\\_Bericht\\_20161209.pdf](https://www.bim.hu-berlin.de/media/IGM_Bericht_20161209.pdf) [letzter Zugriff: 23.07.2020].

22 IG Metall, Migrationsland D., S. 13.

23 Vgl. Wlecklik, Petra, »Partizipation von Migrant\_innen und interkulturelle Öffnung am Beispiel der IG Metall«, in: Heinrich Böll Stiftung, Heimatkunde, Migrationspolitisches Portal, 10. September 2013. Online abrufbar unter: <https://heimatkunde.boell.de/2013/09/10/partizipation-von-migrantinnen-und-interkulturelle-oeffnung-am-beispiel-der-ig-metall> [letzter Zugriff: 26.11.2019].

24 Goeke, Simon, »Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund innerhalb von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen«, in: Heinrich Böll Stiftung, Heimatkunde, Migrationspolitisches Portal, September 2011. Online abrufbar unter: <https://heimatkunde.boell.de/de/2011/09/18/partizipation-von-menschen-mit-migrationshintergrund-innerhalb-von-gewerkschaften-und> [letzter Zugriff: 23.07.2020].

25 Vgl. Trede, Oliver, »Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik. Zwischen Misstrauen und Integration«, 26.08.2016, S.65. Online abrufbar unter: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/232789/gewerkshaf-ten-und-arbeitsmigration-in-der-bundesre->

publik [letzter Zugriff: 19.11.2019]

26 Vgl. ebd., S. 194.

27 Plamper, Jan, Das neue Wir, Frankfurt am Main 2019, S. 96 f.

28 Goeke, Simon, »Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund innerhalb von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen«, in: Heinrich Böll Stiftung, Heimatkunde, Migrationspolitisches Portal, September 2011. Online abrufbar unter: <https://heimatkunde.boell.de/de/2011/09/18/partizipation-von-menschen-mit-migrationshintergrund-innerhalb-von-gewerkschaften-und> [letzter Zugriff: 23.07.2020].

29 Vgl. ebd.

30 Trede, Oliver, Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik und in Großbritannien in den 1960er und 1970er Jahren, Paderborn 2015, S. 106 f.

31 Bojadžijev, Manuela, Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration, Münster 2012, S. 155.

32 Vgl. Engelschall, Titus, »The Immigrant Strikes Back, Spuren migrantischen Widerstands in den 60/70er Jahren«, in: interface (Hrsg.), WiderstandsBewegungen. Antirassismus zwischen Alltag & Aktion, Berlin / Hamburg 2005, S. 46.

33 Ebd.

34 Vgl. Karakayalı, Serhat / Giesecke, Johannes / Schrenker, Markus / Foroutan, Naika / El-Kayed, Nihad, Mitglieder mit Migrationshintergrund in der IG Metall, S. 3.

35 Vgl. Engelschall, Titus, The Immigrant Strikes Back, S. 53.

36 Hall, Stuart, »Das Spektakel des ›Anderen‹«, in: Ders., Ideologie, Identität, Repräsentation, Ausgewählte Schriften 4, Hamburg 2004, S. 118.

37 Vgl. Engelschall, Titus, The Immigrant Strikes Back, S. 47.

38 Goeke, Simon, »Partizipation von

Menschen mit Migrationshintergrund innerhalb von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen«, in: Heinrich Böll Stiftung, Heimatkunde, Migrationspolitisches Portal, September 2011. Online abrufbar unter: <https://heimatkunde.boell.de/de/2011/09/18/partizipation-von-menschen-mit-migrationshintergrund-innerhalb-von-gewerkschaften-und> [letzter Zugriff: 23.07.2020].

39 Vgl. Bojadžijev, Manuela, Die windige Internationale, S. 164 ff.

40 Huwer, Jörg, Gastarbeiter im Streik: Die Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973, Köln 2013, S. 58 ff.

41 Vgl. Bojadžijev, Manuela, »Zwölf Quadratmeter Deutschland. Staatliche Maßnahmen und das Konzept der Autonomie«. Online abrufbar unter: <https://www.kanakattak.de/ka/text/zwoelf.html> [letzter Zugriff: 27.11.2019].

42 Vgl. Bojadžijev, Manuela, Die windige Internationale, S. 173.

43 IG Metall, Migrationsland D., S. 22.

44 Vgl. Karakayali, Serhat / Tsianos, Vassilis, »Migrationsregimes in Almanyia. Zum Verhältnis von Staatlichkeit und Rassismus oder Determinanten der Bewegung. Rassismus, Ökonomie und Staat.« Online abrufbar unter: [https://www.academia.edu/3478449/Serhat\\_Karakayali\\_Vassilis\\_Tsianos\\_Migrationsregimes\\_in\\_Almanya\\_Zum\\_Verhaeltnis\\_von\\_Staatlichkeit\\_und\\_Rassismus\\_oder\\_Determinanten\\_der\\_Bewegung\\_Rassismus\\_Oekonomie\\_und\\_Staat](https://www.academia.edu/3478449/Serhat_Karakayali_Vassilis_Tsianos_Migrationsregimes_in_Almanya_Zum_Verhaeltnis_von_Staatlichkeit_und_Rassismus_oder_Determinanten_der_Bewegung_Rassismus_Oekonomie_und_Staat), [letzter Zugriff: 17.02.2020]. S. 15 f.

45 Vgl. ebd.

46 Vgl. ebd. S. 23.

47 Vgl. Karakayali, Serhat / Tsianos, Vassilis, Migrationsregimes in Almanyia. Zum Verhältnis von Staatlichkeit und Rassismus oder Determinanten der Bewegung. Rassismus, Ökonomie und Staat, S. 23.

48 Vgl. Wlecklik, Petra: Partizipation von Migrant\_innen und interkulturelle Öffnung am Beispiel der IG Metall.

49 Vgl. IG Metall, Migrationsland D., S. 18.

50 Vgl. ebd, S. 25.

51 Vgl. Motte, Jan / Ohliger, Rainer: Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft. Migration zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik, Essen 2004, S. 88.

52 Vgl. IG Metall, Migrationsland D., S. 25.

53 Wlecklik, Petra: Partizipation von Migrant\_innen und interkulturelle Öffnung am Beispiel der IG Metall.

54 Vgl. Karahasan, Yilmaz / Öztürk, Nihat, »Migrantinnen und Migranten in der IG Metall«, in: Kühne, Peter / Öztürk, Nihat / West, Klaus-W., Gewerkschaften und Einwanderung, S. 284–297, hier: S. 285.

55 Vgl. IG Metall, Migrationsland D., S. 26.

56 Vgl. Abdi, Muhamad / Starzmann, Paul, »Rassistische Gewalt nach dem Mauerfall. Für Migranten wurde das neue Deutschland zur Gefahr«, 06.11.2019. Online abrufbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/rassistische-gewalt-nach-dem-mauerfall-fuer-migranten-wurde-das-neue-deutschland-zur-gefahr/25186016.html>, [letzter Zugriff: 25.02.2020].

57 Vgl. Kühne, Peter / Öztürk, Nihat / West, Klaus-W., Gewerkschaften und Einwanderung, S. 281 f.

58 Trede, Oliver, »Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik – Zwischen Misstrauen und Integration«, 26.08.2016. Online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/232789/gewerkschaften-und-arbeitsmigration-in-der-bundesrepublik> [letzter Zugriff: 18.01.2020].

59 Vgl. IG Metall, Migrationsland D., S. 26.

- 60 Vgl. Abdi, Muhamad / Starzmann, Paul, Rassistische Gewalt nach dem Mauerfall. Für Migranten wurde das neue Deutschland zur Gefahr.
- 61 Lorenz, Paulina, »30 Jahre Mauerfall. Nach der Wende flammte der Rassismus auf«, 27.12.2019. Online abrufbar unter: <https://mediendienst-integration.de/artikel/nach-der-wende-flammte-der-rassismus-auf.html> [letzter Zugriff: 14.02.2020].
- 62 Vgl. Schmiz, Antonie, Transnationalität als Ressource? Netzwerke vietnamesischer Migrantinnen und Migranten zwischen Berlin und Vietnam, Bielefeld 2011, S. 93.
- 63 Lorenz, Paulina, 30 Jahre Mauerfall.
- 64 Vgl. Lorenz, Paulina, 30 Jahre Mauerfall.
- 65 Vgl. ebd.
- 66 Rosbach, Jens / Hür, Kemal, »Einig Vaterland – auch für Arbeitsmigranten? Wie die Wende das Leben von Vietnamesen, Russen und Türken in Ost- und Westberlin veränderte«, 13.10.2014. Online abrufbar unter: [https://www.deutschlandfunkkultur.de/migranten-und-der-mauerfall-einig-vaterland-auch-fuer.1001.de.html?dram:article\\_id=300157](https://www.deutschlandfunkkultur.de/migranten-und-der-mauerfall-einig-vaterland-auch-fuer.1001.de.html?dram:article_id=300157) [letzter Zugriff: 18.02.2020].
- 67 Schrader, Irmhild / Joskowski, Anna, »Mauerfall mit Migrationshintergrund«, Bundeszentrale für politische Bildung, 20.3.2015. Online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschland-archiv/202636/mauerfall-mit-migrationshintergrund> [letzter Zugriff: 20.02.2020].
- 68 Zeßin, Lydia, »Die Mauer fiel uns auf die Köpfe. Wie türkische Migranten die Wende erlebten.« Online abrufbar unter: <https://userpage.fu-berlin.de/melab/wordpress/?p=4817> [letzter Zugriff: 12.03.2020].
- 69 Ebd.
- 70 Vgl. Woltersdorf, Adrienne, »Interview mit Nevim Çil. »Die Mauer fiel uns auf den Kopf«, 08.11.2004. Online abrufbar unter: <https://taz.de/!677266/> [letzter Zugriff: 12.03.2020].
- 71 Vgl. IG Metall, Migrationsland D., S. 32.
- 72 Vgl. Motte, Jan / Ohliger, Rainer, Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft, Essen 2014, S. 118. — Vgl. Kurt, Kemal, »Der Kumpel im Chefsessel.« Online abrufbar unter: <https://taz.de/!1629353/> [letzter Zugriff: 23.02.2020].
- 73 Vgl. ebd.
- 74 Vgl. Karahasan, Yılmaz / Öztürk, Nihat, »Migrantinnen und Migranten in der IG Metall«, in: Kühne, Peter / Öztürk, Nihat / West, Klaus-W., Gewerkschaften und Einwanderung, S. 284–297, hier: S. 285.
- 75 Vgl. Deppe, Frank, »Linke in Gewerkschaften -gestern und heute«. In: Sozialismus.de, Heft 4-2020.
- 76 Deppe, Frank, »Revitalisierung durch Streik? Arbeitskämpfe in der Geschichte der Bundesrepublik«, in: Z., Nr. 103, September 2015, S. 197–216, hier S. 102.
- 77 Deppe, Frank, Linke in Gewerkschaften.
- 78 Vgl. Deppe, Frank, Revitalisierung durch Streik?
- 79 Vgl. Kühne, Peter, »Arbeitsmigration in die Bundesrepublik und nach Westeuropa. Gewerkschaftliche Gestaltungsvorschläge«, in: Kühne, Peter / Öztürk, Nihat / West, Klaus-W., Gewerkschaften und Einwanderung, Frankfurt am Main 1994, S. 30–45, hier: S. 40.
- 80 IG Metall, Migrationsland D., S. 31.
- 81 Vgl. Bojadžijev, Manuela, Die windige Internationale, Münster 2007, S. 249.
- 82 Vgl. Plamper, Jan, Das neue Wir, Frankfurt am Main 2019, S. 186.
- 83 Vgl. Karakayali, Serhat / Tsianos, Vassilis, Migrationsregimes in Almany. Zum Verhältnis von Staatlichkeit und Rassismus oder Determinanten der Bewegung. Rassismus,

Ökonomie und Staat, S. 22.

84 Vgl. Bundeszentrale für Politische Bildung, »25 Jahre Brandanschlag in Solingen«, 24.5.2018. Online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/161980/brandanschlag-in-solingen> [letzter Zugriff: 20.02.2020].

85 Neumann, Josef, »Der Solinger Appell. Ein örtliches Bündnis der Vernunft«; in: Kühne, Peter / Öztürk, Nihat / West, Klaus-W., Gewerkschaften und Einwanderung, S. 67–75, hier: S. 73.

86 Vgl. Öztürk, Nihat, »Der Umgang mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Zwischen Bagatellisierung und hilflosem Aktionismus«; in: Kühne, Peter / Öztürk, Nihat / West, Klaus-W., Gewerkschaften und Einwanderung, S. 93–122, hier: S. 113 f.

87 Vgl. Neumann, Josef, Der Solinger Appell. Ein örtliches Bündnis der Vernunft, S. 73.

88 Dierkes, Hermann, »Beileid ist nicht genug. Kampf um Menschenwürde im betrieblichen Alltag«; in: Kühne, Peter / Öztürk, Nihat / West, Klaus-W., Gewerkschaften und Einwanderung, S. 274–277, hier S. 276 f.

89 Bojadžijev, Manuela, Die windige Internationale, S. 252.

90 Ebd., S. 252 f.

91 IG Metall, Migrationsland D., S. 31.

92 Vgl. Schäfer, Velten, »Die Magie der Gelben Hand«. Online abrufbar unter: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/831756.die-magie-der-gelben-hand.html>, 30.08.2013, [letzter Zugriff: 18.02.2020].

93 Vgl. Kühne, Peter / Öztürk, Nihat / West, Klaus-W., Gewerkschaften und Einwanderung, S. 282.

94 Vgl. Karahasan, Yılmaz / Öztürk, Nihat, »Migrantinnen und Migranten in der IG Metall«, in: Kühne, Peter / Öztürk, Nihat / West, Klaus-W., Gewerkschaften und Einwanderung, S. 284–297, hier: S. 293 f.